

**DER REGIONALRAT
DES REGIERUNGSBEZIRKS DÜSSELDORF**

Nr. / Sitzung	StA	65. VA	PA	RR
Datum		13.06.2019		
NIEDERSCHRIFT				
Düsseldorf, den 16. August 2019				

Ort der Sitzung: Plenarsaal, Bezirksregierung Düsseldorf
Beginn der Sitzung: 10.00 Uhr
Ende der Sitzung: 10.40 Uhr
Teilnehmer: siehe beigefügte Anwesenheitslisten

Tagesordnung

1. Formalien

2. Genehmigung der Niederschrift über die 64. Sitzung des Verkehrsausschusses am 21.03.2019

3. Sachstandsbericht zu den Landesstraßenbauprogrammen 2018 und 2019

- Bericht über die Maßnahmen des Landesstraßenausbauplans (UAIi)
- Bericht über die Programme „Um- und Ausbau von Landesstraßen < 3,0 Mio. € Gesamtkosten je Maßnahme (UA IIa)“ und „Radwegebau an bestehenden Landesstraßen (UA IIr)“
hier: Berichterstattung

4. Resolution zu Um- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen bis 3,0 Mio. Euro Gesamtkosten

- Übersicht der Verwaltung zu aktuellen Förderprogrammen zum Thema Luftreinhaltung
- Antrag der SPD-Fraktion vom 25.03.2019 für eine Resolution des Regionalrates Düsseldorf zu den Förderprogrammen des Landes NRW
- Vorschlag der Kommission für Verkehr und Regionale Entwicklung des Regionalrates Detmold für eine Resolution zu „Um- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen bis 3,0 Mio. Euro Gesamtkosten“ vom 15.03.2019

5. Information der Verwaltung

- RRX und Betuwe
- bisheriger Verlauf der Schwarzbauklage beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (Aktenzeichen: 16K 5474/18)

6. Verschiedenes

TOP 1: Formalien

Der Vorsitzende des Verkehrsausschusses, Herr Papen (CDU), begrüßt alle Anwesenden, insbesondere Herrn Regierungsdirektor Vollstedt sowie von dem Landesbetrieb Straßenbau NRW (Straßen.NRW) Herrn Münster, Frau Laerbusch, Frau Weiland und Frau Hoffmann.

Im Anschluss stellt er die ordnungsgemäße Ladung fest und eröffnet die Sitzung.

Der Vorsitzende weist auf die beiden Tischvorlagen zu TOP 3 vom 03.06.2019 / vom 06.06.2019 hin.

Die Tagesordnung wird festgestellt.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die 64. Sitzung des Verkehrsausschusses am 21.03.2019

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Verkehrsausschuss genehmigt die Niederschrift.

TOP 3 Sachstandsbericht zu den Landesstraßenbauprogrammen 2018 und 2019

- Bericht über die Maßnahmen des Landesstraßenausbauplans (UAIi)
- Bericht über die Programme „Um- und Ausbau von Landesstraßen < 3,0 Mio. € Gesamtkosten je Maßnahme (UA Iia)“ und „Radwegebau an bestehenden Landesstraßen (UA Iir)“
hier: Berichterstattung

Gegenstand der Beratungen war die Sitzungsvorlage 3/65 VA vom 15.05.2019 sowie die Tischvorlagen vom

- 03.06.2019 Sachstandsbericht zu den Landesstraßenbauprogrammen 2018 und 2019
hier: Informationen im Nachgang zur Ortsbesichtigung der L 288, Umbau Ortsdurchfahrt Haan (Ohligser Str.) /Erikaweg

- 06.06.2019 Sachstandsbericht zu den Landesstraßenbauprogrammen 2018 und 2019
hier: Informationen des Verkehrsministeriums zur Förderung von Radwegen an Landesstraßen

Herr Hildemann (SPD) erbittet Erläuterungen zu den Tischvorlagen.

Herr Vollstedt (Verwaltung) berichtet von einem Ortstermin, bei dem die Örtlichkeit sowie der Zustand der Straße betrachtet worden seien. Dabei sei festgestellt worden, dass die Straße hinsichtlich des Verkehrsraumes ungünstig aufgeteilt sei, ein Verkehrsrisiko würde sie jedoch nicht darstellen. Aus diesem Grund und unter Berücksichtigung dessen, dass das Gremium in der Vergangenheit bei der Prioritäteneinstufung besonderes Augenmerk auf die Verkehrssicherheit gelegt habe, könne die Verwaltung nicht zu einer neuen bzw. höheren Prioritätseinstufung raten.

Herr Brügge (CDU) bittet die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Stadt Haan um die Aufbereitung des Sachverhaltes, insbesondere unter Berücksichtigung des dort geplanten Wohngebietes mit Kindergarten.

Herr Vollstedt (Verwaltung) kündigt an, die Stadt Haan um Bericht zu bitten, wie diese die verkehrliche Situation zurzeit und zukünftig (nach Errichtung des Wohngebietes mit Kindergarten) einschätzt und wie mit etwaigen Konflikten umgegangen werden soll.

Herr Papen (CDU) begrüßt den Vorschlag und möchte zusätzlich von der Stadt Haan erfahren, inwieweit diese bei der Überplanung des Bereichs die verkehrliche Erschließung und die Verkehrsströme berücksichtigt hat. Zudem möchte er von dem Landesbetrieb Straßenbau NRW erfahren, ob in der Vereinbarung mit der Stadt Haan auch eine Frist zur Realisierung enthalten ist.

Eine solche Frist bestehe laut Herrn Münster (Straßen.NRW) nicht. Für die Umsetzung der Maßnahme sei daher die Priorisierung des Regionalrats maßgeblich.

Herr Brügge (CDU) gibt für die Zukunft zu Bedenken, dass die Bauverwaltung – egal ob Landschaftsverband oder Straßen.NRW – vor Abschluss solcher Verträge den Prioritätengeber mit einbeziehen sollte, da diese anderenfalls keinen Sinn machen würden.

Herrn Suika (FDP/FW) möchte wissen, wie viele solcher Verträge noch bei Kommunen schlummern. Er nimmt Bezug auf einen Vorschlag der Stadt, die Nebenanlagen selbstständig zu realisieren. Er möchte wissen, ob es hierzu Absprachen mit Straßen.NRW gibt.

Absprachen mit der Stadt Haan gebe es nicht, wie Herr Münster (Straßen.NRW) betont und falls solche Gespräche zukünftig geführt werden sollten, müsste vorher hinsichtlich der Finanzierung mit dem Gremium gesprochen werden. Die Anzahl der bestehenden Altverträge könne momentan nicht verlässlich ermittelt werden. Herr Münster (Straßen.NRW) gehe jedoch

davon aus, dass alte Vereinbarungen kaum mehr vorhanden seien und neue nur begrenzt geschlossen werden würden.

Herr Hildemann (SPD) lobt die Vorlage und bedankt sich für die Arbeit von Straßen.NRW.

Herr Brügge (CDU) möchte in diesem Zusammenhang ebenfalls die Landesregierung loben, da die Haushaltsansätze für das „große Bauprogramm“ gegenüber 2018 um 10 Mio. € auf 47. Mio. € die Ansätze für das Programm UAIa von 7 auf 10 Mio. € erhöht worden seien und für das Programm UAIr der Ansatz mit 12,4 Mio. € gleich geblieben sei.

Hinsichtlich der Maßnahme in Haan, hofft Herr Papen (CDU) in einer der nächsten Sitzungen etwas zu den Sondierungen zuhören.

Der Verkehrsausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 4: Resolution zu Um- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen bis 3,0 Mio. Euro Gesamtkosten

- Übersicht der Verwaltung zu aktuellen Förderprogrammen zum Thema Luftreinhaltung
- Antrag der SPD-Fraktion vom 25.03.2019 für eine Resolution des Regionalrates Düsseldorf zu den Förderprogrammen des Landes NRW
- Vorschlag der Kommission für Verkehr und Regionale Entwicklung des Regionalrates Detmold für eine Resolution zu „Um- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen bis 3,0 Mio. Euro Gesamtkosten“ vom 15.03.2019

Vorlage: 4/ 65 VA

Gegenstand der Beratungen war die Sitzungsvorlage 4/65 VA vom 22.05.2019

Herr Suika (FDP/FW) merkt an, dass in der Aufzählung zwei große Projekte fehlen würden, die viel Geld in die Region bringen würden. Es handele sich um das Projekt „Kommunaler Klimaschutz NRW“ und das Projekt „Saubere Luft“ des Bundes.

Ergänzung der Redaktion:

<p>KommunalerKlimaschutz.NRW</p> <p><u>Anmerkung:</u> Es handelte sich hier um einen Wettbewerb.</p>	<p>Mit dem Projekt "KommunalerKlimaschutz.NRW" hat das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes</p>
--	---

	Nordrhein-Westfalen die Umsetzung von Maßnahmen gefördert, die den Ausstoß von Treibhausgasemissionen in einer Kommune verringern. In Verbindung mit treibhausgas-mindernden Maßnahmen waren auch Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel förderfähig.
<p>Sofortprogramm Saubere Luft 2017-2020</p> <p><i>Anmerkung: Kein eigenständiges Förderprogramm. Die Inhalte des Programms sind in Anlage1 bereits alle angegeben. Siehe hierzu: https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/G/sofortprogramm-saubere-luft-2017-2020.html</i></p>	Für die einzelnen Maßnahmen des neuen Sofortprogramms wird so weit wie möglich <u>auf bestehende Förderprogramme</u> zurückgegriffen. Diese erhalten im Rahmen des neuen Sofortprogramms ein größeres Finanzvolumen und werden aufgestockt. Wo erforderlich, legt der Bund neue Förderprogramme auf.

Zum Antrag der SPD möchte Herr Hildemann (SPD) besonders unter Bezug auf den öffentlichen Druck noch einmal betonen, dass ein weiteres Programm aufgelegt und insoweit erheblich mehr Geld zur Verfügung gestellt werden sollte.

Herr Selders (CDU) führt für die CDU-Fraktion die ablehnende Haltung aus. Es gebe bereits vielfältige Fördermöglichkeiten. Damit sei die Auflage eines Sonderprogramms entbehrlich.

Herr Wurm (SPD) weist auf die Sinnhaftigkeit der in dem Antrag aufgeführten Maßnahmen hin und möchte von der Verwaltung die Fördermöglichkeit dieser Maßnahmen aus den bereits bestehenden Programmen erläutert haben.

Herr Vollstedt (Verwaltung) teilt mit, dass es sich bei der Maßnahme „Bevorrechtigung von ÖPNV, Rad- und Fußgängerverkehr durch die Verkehrssteuerung“ um eine solche im Zuständigkeitsbereich des VRR handele. Für den Ausbau eigener Busspuren /Umweltspuren in den Kommunen gebe es kein eigenes Programm. Der Ausbau von Radwegen werde bereits gefördert, die Instandhaltung sei hingegen nicht förderfähig. Die Einrichtung sicherer Fahrradparkplätze oder -boxen sei ebenfalls förderfähig. Hinsichtlich der Anreize für umweltfreundliche Mobilität gebe es neue Förderrichtlinien, die sich derzeit in Bearbeitung befänden.

Anmerkung der Redaktion:

*Die Förderfähigkeit der im Antrag der SPD genannten Maßnahmen wurde im Anschluss an die Sitzung noch einmal überprüft. Daraus ergibt sich folgende **Korrektur**:*

Das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes NRW (MWIDE NRW) fördert die Infrastruktur für das Aufladen von E-Fahrzeugen und das Ministerium für Verkehr NRW (VM) die Planung und die Einrichtung von City-Logistik.

Herr Wurm (SPD) weist auf die finanzielle Überforderung der Kommunen hin, in ihrem Bestreben ein Dieselfahrverbot zu verhindern. Hier könne durch die Resolution der SPD Abhilfe geschaffen werden.

Herr Brügge (CDU) ergänzt die Ausführungen der Verwaltung um weitere Fördermaßnahmen in diesem Bereich. Ein neues Programm sei daher nicht notwendig.

Herr Suika (FDP/FW) möchte die Kommunen mit dem Thema nicht alleine lassen und weist in diesem Zusammenhang auf die Vielfalt der bestehenden Programme hin, was aufgrund einer damit einhergehenden Unübersichtlichkeit eher problematisch sei. Ein weiteres Programm würde zu weiterer Verkomplizierung führen.

Der Resolution zu „Um- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen bis 3,0 Mio. Euro Gesamtkosten“ vom 15.03.2019 des Regionalrates Detmold möchte sich Herr Selders (CDU) für die Fraktionen CDU und FDP/FW nicht anschließen.

Die SPD- Fraktion schließt sich lt. Herr Hildemann (SPD) ebenfalls nicht an.

Die Resolution wird mehrheitlich mit Stimmen der CDU und FDP, bei Enthaltung der Fraktion der Grünen und der SPD abgelehnt.

Zusammenfassung der Abstimmungsergebnisse:

- Übersicht Verwaltung

Die Übersicht wurde zur Kenntnis genommen.

- Antrag der SPD

Abstimmung: mehrheitlich mit Stimmen der CDU, FDP/FW, bei Enthaltung von Bündnis90/Die Grünen abgelehnt

- Vorschlag der Kommission für Verkehr und regional Entwicklung des Regionalrates Detmolds

Abstimmung: bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Ablehnung von CDU FDP/FW ist die Resolution abgelehnt

TOP 5: Information der Verwaltung

Herr Dr. Fils (CDU) möchte nähere Erläuterungen zu der Schwarzbauklage hinsichtlich der Elektrifizierung in den 50er Jahren haben.

Da die Bezirksregierung keine Eisenbahnaufsicht und damit insoweit nicht zuständig sei, könne und wolle Herr Vollstedt (Verwaltung) sich hierzu nur begrenzt äußern.

Herr Suika (FDP/FW) sei die nicht gegebene Zuständigkeit bewusst. Er bittet jedoch um eine kurze Information, soweit der Verwaltung zukünftig neue Informationen vorliegen sollten.

Der Verkehrsausschuss nimmt die Informationen der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 6: Verschiedenes

Keine Wortmeldungen

Der Vorsitzende beendet die Sitzung um 10.35 Uhr.

Papen
(Vorsitzender des
Verkehrsausschusses)

G.U. Müller
(Stellv. Vorsitzender
des Verkehrsausschusses)

Gunkel
(Schriftführerin – Geschäftsstelle
des Regionalrates)

Der Regionalrat Düsseldorf

- Anwesenheitsliste –

Verkehrsausschusssitzung am 13.06.2019

Stimmberechtigte Mitglieder, Sachkundige Bürger, Fraktionsgeschäftsführer

CDU-Fraktion

Name	anwesend
Aach, Michael	
Amfaldern, Nanette	
Brandts, Reiner	√
Brügge, Dirk (GF)	√
Dr. Fils, Alexander	√
Gluch, Waldemar	√
Humpert, Karl-Heinz	
Läckes, Manfred	
Mertins, Patric	√
Müller, Michael	
Nordmann, Johannes	
Papen, Hans-Hugo	√
Petrauschke, Hans-Jürgen	
Post, Norbert	
Schmickler, Günter i.V.fürSchroeren	√
Schroeren, Michael	
Selders, Hannes	√
Steinmetz, Jürgen	
Vielhaus,E.	√
Welter, Thomas	

SPD-Fraktion

Name	anwesend
Bechstein, Klaus	√
Bedronka, Bernd	
Edelhoff, York	
Eicker, Sigrid i.V.f. Wurm	√
Hengst, Jürgen	
Hildemann, Michael	√
Hornbostel, Rolf	√
Jessner, Udo	
Reese, Klaus-Jürgen	
Reuter, Klaus	√
Sinowenka, Friederike	
Thiel, Rainer	
Welp, Axel C.	√
Witzke, Hans-Jochem	
Wurm, Günter	

FDP/FW

Name	anwesend
Gerhard, Frank	√
Dr. Grumbach, Hans-Joachim	√
Gulan, Boris	
Müller, Ulrich G.	√
Schiffer, Hans Lothar	
Suika, Jörn	√
Thiel, Carsten	

Bündnis90/ DieGrünen

Name	anwesend
Arndt, Ingeborg	√
Brücher, Bettina	
Krause, Manfred	
Patalla, Sandra	√
Sickelmann, Ute	
Tietz, Uwe	

Die Linke

Name	anwesend
Herhaus, Susanne	√

parteilos

Name	anwesend
Heitzer, Hans-Jürgen	

Beratende Mitglieder

Name		anwesend
Dr. Hoffman, Christian Arbeitgebervertretung		√
Steinmetz, Jürgen Arbeitgebervertretung		
Zipfel, Josef Arbeitgebervertretung		
Arens, Guido Arbeitnehmervertretung		
Kaus, Karsten Arbeitnehmervertretung		
Wolf, Sigrid Arbeitnehmervertretung		
Buck, Antje	Kommunale Gleichstellungsstellen	
Gerkens, Bert	Sportverbände	√
Wenzel, Bert Naturschutzverbände		
Stieber, Andreas-Paul Rheinland	Landschaftsverband	
Düsseldorf	OB/Vertr.	
Krefeld	OB/Vertr.	
Mönchengladbach	OB/Vertr.	
Remscheid	OB/Vertr.	
Solingen	OB/Vertr.	
Wuppertal	OB/Vertr.	
Kleve	Landrat/Vertr.	√
Mettmann	Landrat/Vertr.	√
Neuss	Landrat/Vertr.	
Viersen	Landrat/Vertr.	

Teilnehmer von der Bezirksregierung Düsseldorf:

Herr Regierungsdirektor Vollstedt
 Frau RR Knappert
 Herr RR Häfner
 Frau RAfr Gunkel
 Frau RAR`in Sablofski

Dezernat 25
 Dezernat 32
 Dezernat 32
 Dezernat 32
 Dezernat 32